



Die Straßenmeisterei in Neuenstadt bekommt im ersten Schritt neue Sozial- und Büroräume. Werkwohnungen, wie sie die Linke gefordert hat, werden nicht gebaut.

Foto: Mario Berger

Ausgaben im Blick behalten

CDU Die CDU-Fraktion will die in der mittelfristigen Finanzplanung vorgesehene Steigerung der Kreisumlage im Jahr 2020 „sehr genau prüfen“. Nico Morast beleuchtete die Entwicklung im Sozialbereich. „Wir müssen alles daran setzen, dass die Entwicklung des kommunalen Finanzausgleichs mit den Entwicklungen der kommunalen Ausgaben für Soziales Schritt halten.“ Die CDU rief die Investitionen in die SLK-Krankenhäuser und in die Gesundheitszentren in Brackenheim und Möckmühl in Erinnerung. Morast: „Mit diesen beeindruckenden finanziellen Leistungen wird der Landkreis der Gesundheitsfürsorge in besonderer Weise gerecht.“ Die CDU begrüßt, dass eine Planungsrate für das Kreisberufsschulzentrum eingestellt ist. Dies sei für eine Entscheidungsfindung wichtig. Insgesamt komme der Etat dem Ziel der generationenübergreifenden Gerechtigkeit nach. *bor*



Nico Morast
Foto: privat

Berufsschulzentrum in den Fokus nehmen

SPD Klaus Grabbe, Chef der SPD-Fraktion, hält den Etat 2019 für unspektakulär. Die Klinikneubauten seien finanziert, das Kreisberufsschulzentrum warte erst in der Zukunft. Nun gelte: „Alles gut untersuchen, durchplanen, die Pläne ausschreibungsreif fertigstellen und dann sofort reagieren, wenn ein neues Finanzierungsprogramm kommt.“ Kritik übte Klaus Grabbe an den Problemen im Stadtbahnbetrieb. „Landkreis und Kommunen haben viele Millionen bezahlt, aber mitbestimmen – Fehlzanzeige.“ Er forderte, die S4-Strecke bis Eppingen schnellstmöglich zweigleisig auszubauen. Auch wenn SPD-Anträge zum Gesundheitswesen und zum Mietwohnungsbau in die Fachausschüsse verwiesen wurden, warb Grabbe für die Idee eines Wohnungsgipfels. „Herr Landrat, wir brauchen Sie als Schirmherr, der die Landkreiskommunen zusammenführt.“ *bor*



Klaus Grabbe
Foto: Archiv

Keine weiteren Müllkontrolleure

ÖDP Klaus Ries-Müller lobte die Anstrengungen des Landkreis-Projektleiters Energie und Klima, Michael Groß. In Sachen Nachhaltigkeit hat die ÖDP auch eigene Ideen: Der stillgelegte Müllberg in Schwaigern-Stetten könne für Wind- und Solarkraft genutzt werden, es sei darauf hinzuwirken, dass die Müllmenge reduziert und der Abfall besser verwertet wird. Nicht einverstanden ist Ries-Müller mit den Preissteigerungen im Streckengebiet des HNV. Und: „Wann werden endlich alle Diesellbusse auf Elektroantrieb umgestellt“, fragte der ÖDP-Sprecher. Sein Antrag, Stellen für zwei weitere Müllkontrolleure einzurichten, wurde abgelehnt. *bor*



K. Ries-Müller
Foto: privat

Elternbeiträge für Buskarten bleiben

REGION SPD-Antrag zur Schülerbeförderung scheitert
Kreistag kritisiert Stadtbahn-Probleme

Von unserem Redakteur Reto Bosch

Der Landkreis Heilbronn steht auf einer stabilen finanziellen Basis. Darin sind sich die Kreistagsfraktionen weitgehend einig. Der Haushalt 2019 „ist nicht nur durch eine solide und nachhaltige Finanzpolitik geprägt, sondern schafft die Grundlage zur weiteren positiven Entwicklung“, sagte zum Beispiel Harry Brunnet (FWV/FDP) bei der Etatdebatte in Untereisesheim. Das Zahlenwerk wurde ohne Gegenstimme beschlossen. Nicht durchsetzen konnte sich der Antrag der SPD, die Elternanteile an den Schülerbeförderungskosten abzuschaffen.

Der Finanzplan sieht einerseits keine Netto-Neuerschuldung vor, andererseits steigen die Sozialausgaben weiter. Einerseits überweist das Land mehr Geld an die Kreiskasse, andererseits wachsen die Personalausgaben. Investitionsschwerpunkte setzt der Landkreis in den SLK-Kliniken (5,7 Millionen Euro), an den Kreisschulen (zwei Millionen), im Nahverkehr (2,6 Millionen) und in den Straßenmeistereien (3,1 Millionen). Unter dem Strich hält Landrat Detlef Piepenburg die Zahlen aber für gut genug, die von den Kommunen zu bezahlende Kreisumlage von 30 auf 29 Prozentpunkte senken zu können.

Senkung Ein Angebot, das auf viel Zuspruch und wenig Ablehnung stieß. Nico Morast, der zum ersten Mal für die CDU die Etatrede hielt, hatte durchaus mit dem Gedanken gespielt, den Satz gleich um zwei Punkte zu senken. „In Anbetracht der anstehenden Großprojekte erachten wir aber die vorgeschlagene Senkung für angemessen.“ Nach Ansicht von Harry Brunnet kann der Landkreis mit den 29 Punkten seine Aufgaben erfüllen, während den Städten und Gemeinden trotzdem Spielräume bleiben. Das sieht die SPD so ähnlich. Klaus Grabbe: „Die Senkung ist mehr als gerechtfertigt.“ Grünen und Linke lehnten ab. Das sei ein falsches Signal an die Kommunen, erklärte Jürgen Winkler (Grüne). So lange Investitionsstau an Landkreis-Schulen herrsche, sei

es unklug, die Umlage zu reduzieren, meinte Johannes Müllerschön (Linke).

Die SPD forderte die Kreistagskollegen auf, einer künftig kostenlosen Schülerbeförderung zuzustimmen. Nach Rechnung der SPD würden der Kreiskasse dadurch Einnahmen von 5,3 Millionen Euro entstehen, andere Fraktionen kamen auf 5,8 Millionen Euro. Grabbe: „Kostenlose Schülertickets lindern den drohenden Verkehrskollaps und damit auch die zunehmende Umweltbelastung.“ Zur Finanzierung will die SPD die Ergebnisrücklage heranziehen (rund 30 Millionen Euro sind im Topf). Der Antrag scheiterte an der Mehrheit von CDU und FWV/FDP. „Wenn wir selbst in Jahren mit Rekord-Einnahmen diese Leistungen aus dem Sparstrumpf finanzieren müssen, was machen wir erst dann, wenn die Einnahmen wegbrechen“, fragte Morast. „Wir halten das finanzpolitisch sowie bildungs- und sozialpolitisch für die vollkommen falsche Weichenstellung“, sagte Brunnet. Bildung sei eine Landesaufgabe. „Im Übrigen bezahlen Bedürftige bisher schon nur fünf Euro pro Monat.“

Strafen Hoffnung setzen manche Räte in den Mobilitätspakt, der die Verkehrsprobleme entschärfen soll. Froh sind die Fraktionen, dass die Stadtbahn zur Verfügung steht, verärgert sind sie über die vielen Verspätungen. Grabbe sprach von „fast täglich neuen Horrormeldungen“. Und Klaus Ries-Müller (ÖDP) erklärte: „Wir brauchen empfindliche Strafen, wenn Züge nicht fahren oder zu spät kommen.“ Mit Spannung blickt das Gremium der standardisierten Bewertung der Zabergräubahn entgegen. Die Ergebnisse zeigen, ob eine Reaktivierung eine Chance hat.

Auf Zustimmung stießen Anträge auf freiwillige Zuschüsse des Landkreises: Weinsberger Hilfsverein (165 000 statt 130 000 Euro), Aufbaugilde (110 000 statt 80 200), ARGE Sucht (659 538 statt 644 434), Kontaktladen (46 000 statt 38 000), Psychologische Beratungsstellen (432 690 statt 420 750) und Blasmusik-Kreisverband (10 000 statt 6 000).

Richtige Weichenstellungen

FWV/FDP Die FWV/FDP-Fraktion ist mit dem Haushalt 2019 zufrieden. Der Etat erwirtschaftete einen Zahlungsmittelüberschuss von immerhin fast 20 Millionen Euro. Die Verschuldung steige nicht, zudem müssten Kreditemächtigungen der Vorjahre im Volumen von fast 22 Millionen Euro nicht in Anspruch genommen werden.

Mit den Entscheidungen im Krankenhauswesen seien die richtigen Weichenstellungen vorgenommen worden. „Die geplanten Gesundheitszentren in Brackenheim und Möckmühl haben Zukunft“, sagte Harry Brunnet. Mit Blick auf die weitere Entwicklung forderte er, dass die strikte Trennung zwischen ambulanter und stationärer Behandlung aufgegeben werden müsse. Im Bildungsbereich spricht sich die FWV/FDP dafür aus, föderale Hürden abzubauen, damit sich der Bund stärker engagieren kann. *bor*



Harry Brunnet
Foto: privat

Landkreis soll koordinieren

GRÜNE Jürgen Winkler bescheinigte der Kreisverwaltung gute Arbeit. „Doch vermissen wir Grünen, zumindest in Teilen, Gestaltungswillen.“ Sie fordern vom Landkreis mehr Engagement für die Zukunft der medizinischen Versorgung auch im ländlichen Raum, Mobilität nicht nur an bestimmten Knotenpunkten zu verbessern, und die Breitbandversorgung voranzubringen.

In den meisten Kommunen des Landkreises sei die ärztliche und medizinische Versorgung ein brisantes Thema. „Inzwischen überbieten sich die Gemeinden mit ihren Niederlassungsprämien“, sagte Winkler und fragte: „Wo bleibt die Koordination durch den Landkreis?“ Bei SLK sollten Ärzte ausgebildet werden, die sich verpflichten, als Hausarzt zu praktizieren. Die Grünen hinterfragen die Struktur des HNV, willigten aber ein, das Thema im Verkehrsausschuss zu beraten. *bor*



Jürgen Winkler
Foto: privat

ÖPNV-Koordinator abgelehnt

LINKE Die Linken stellten mehrere Anträge, die aber keine Mehrheit fanden. Johannes Müllerschön forderte, dass der Landkreis bei der Aufbaugilde ein Holzhäuschen als Obdachlosenunterkunft kauft. Erfolglos blieben auch die Anträge, im Neubau der Straßenmeisterei Neuenstadt Werkwohnungen einzurichten und eine Sanierung von SLK-Personalwohnungen am Plattenwald mit 500 000 Euro zu unterstützen. Die Linken forderten außerdem, die Gebühren für Flüchtlingswohnungen zu senken und die Fahrpreiserhöhungen beim HNV rückgängig zu machen. Ebenfalls keine Mehrheit fand die Idee, die Stelle eines ÖPNV-Koordinators einzurichten. *bor*



J. Müllerschön
Foto: privat

Haushaltswurf Landkreis Heilbronn

Alle Angaben in Millionen Euro*

EINNAHMEN	
Kreisumlage	138,1 (143,2)
Schlüsselzuweisungen	58,7 (48,2)
Grundwerbsteuer	20,0 (18,5)
Gebühren	13,0 (12,5)
AUSGABEN	
Soziales (netto)	167,3 (160,2)
Personalausgaben	69,8 (67,9)
Investitionen	20,5 (26,3)
Tilgungen	6,2 (5,4)
Cashflow laufende Verwaltung 19,6 (19,6)	
Neue Kredite	6,2 (5,6)
Schulden	84,8 (91,0)

HST-Grafik, Quelle: Landkreis Heilbronn *gerundet, Vorjahreswerte in Klammern

Zu wenig Geld für Kreisstraßen

AFD Jürgen Koegel wies in seiner Haushaltsrede auf den steigenden Nettosozialaufwand hin. Die fünf Millionen Euro, die dem Landkreis wegen der gesenkten Kreisumlage entgehen, wären seiner Ansicht nach hilfreich gewesen, diese Ausgaben zu finanzieren. Koegel sieht national und international viele Konjunkturrisiken. Die UN-Pakte für Migration und Flüchtlingen werden nach Ansicht der AFD die Landkreisfinanzen im kommenden Jahr belasten. Die geplanten 1,5 Millionen für Kreisstraßen hält Jürgen Koegel für deutlich zu niedrig. Insgesamt hoffe er nicht, dass die Deutschen wie die Gelbwesten in Frankreich auf die Straße gehen müssen. *bor*



Jürgen Koegel
Foto: Archiv